

**Früher gut. Heute gut.**

Wenn wir nicht nach so vielen Dingen suchen würden könnten wir sie auch finden.

Empfehlung der Woche

<b>100g Gehacktes</b> halb und halb <b>0.52 Euro</b>	<b>100g Kasseler</b> mild gesalzen <b>1.00 Euro</b>
<b>100g Roastbeef</b> mager, zart gereift <b>1.85 Euro</b>	<b>Ring Hausmacher</b> Leber-, Blutwurst <b>2.00 Euro</b>
<b>100g Aufschnitt</b> eigene Herstellung <b>1.05 Euro</b>	<b>Ring Fleischwurst</b> eigene Herstellung <b>3.20 Euro</b>
<b>Frikadelle</b> im Brötchen <b>1.50 Euro</b>	<b>Hausmacher Nudelsalat</b> täglich frisch hergestellt

**WEBER** Röntgenstraße 21  
57078 Siegen-Geisweid  
Tel. 0271.81126  
www.fleischerei-weber.de

## CDU und Grüne: Merkel ist dagegen

### Kanzlerin für Schwarz-Gelb in NRW

Düsseldorf. Rund zwei Monate vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen beurteilen Spitzenvertreter von CDU und Grünen ein mögliches schwarz-grünes Bündnis skeptisch. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) setzt in NRW auf eine Fortsetzung der Koalition ihrer Partei mit der FDP. Die Grünen haben aus Sicht von Parteichefin Claudia Roth mit der Union „einen zivilisierten Umgang“ gefunden. Es gebe aber weiterhin erhebliche Differenzen.

Bündnisse ihrer Partei mit den Grünen „schwierig“. Dies zeigten Probleme der schwarz-grünen Koalition in Hamburg. Auch wenn sich das Verhältnis der CDU zu den Grünen in den vergangenen 20 Jahren verändert habe, seien die politischen Übereinstimmungen zwischen Union und FDP im Vergleich zu allen anderen theoretisch denkbaren Konstellationen eindeutig am größten, sagte Merkel.

In NRW wird am 9. Mai ein neuer Landtag gewählt. Jüngsten Umfragen zufolge verlor das bestehende schwarz-gelbe Regierungsbündnis an Zustimmung. Laut Infratest dimap hätten derzeit weder Schwarz-Gelb noch Rot-Grün eine Mehrheit der Stimmen. Die CDU-Bundesvorsitzende Merkel nannte

Grünen-Chefin Roth sieht nach wie vor erhebliche Differenzen mit der CDU. Statt auf Schwarz-Grün hoffe sie auf eine Neuaufgabe des rot-grünen Bündnisses in NRW nach der Landtagswahl: „Klar ist, dass wir der SPD in vielen Punkten wie Bildung oder Energie deutlich näher stehen als der CDU, auch wenn wir kein Anhängsel irgendeiner Partei sind.“ (ddp)



Am Dienstag fiel am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Entscheidung gegen die bisherige gesetzliche Regelung der Vorratsdatenspeicherung. Vor allem die Union drängt nun auf eine schnelle neue Gesetzesvorlage zur Datenspeicherung – zum Ärger der Datenschützer. Foto: ddp

## Eine Frist gefordert

### Union will Vorschlag zur Datenspeicherung im Frühjahr

Berlin. Sicherheitspolitiker und Kriminalbeamte dringen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung auf eine neue Gesetzesvorlage noch im Frühjahr. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sprach sich dafür aus, die mutmaßliche „Sicherheitslücke“ schnell zu schließen. Die Opposition warnte hingegen vor blindem Aktionismus. Vor wenigen Tagen hatten die Karlsruher Richter das Gesetz zur massenhaften Speicherung von Telefon- und Internetverbindungsdaten für verfassungswidrig erklärt und eine sofortige Löschung der Daten angeordnet.

De Maizière sieht die Arbeit der Sicherheitsbehörden durch das Urteil des Verfassungsgerichts erheblich erschwert. „Das kann die öffentliche Sicherheit durchaus beeinträchtigen“, sagte er. So könne es zu einer Sicherheitslücke bei schwerer Kriminalität im Internet kommen. „Wenn sich das herumspricht,

dann wird Internetkriminalität nach Deutschland verlagert“, mutmaßte der Minister. „Wir sollten einen Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause erstellen. Das halte ich für möglich, zumutbar und für nötig.“

In die Kritik gerät nun Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), die eine vorschnelle Neuregelung abgelehnt hatte. Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) sagte, er erwarte, dass Leutheusser-Schnarrenberger unverzüglich einen neuen Gesetzentwurf vorlege. Der Unions-Innenexperte Wolfgang Bosbach (CDU) fügte hinzu, er sehe keinen sachlichen Grund für ein Abwarten.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) forderte eine gemeinsame Sonderkonferenz der Innen- und Justizminister von Bund und Ländern. BDK-Chef Klaus Jansen sagte: „In den Dienststellen herrschen Wut und Frust über die Selbstblockade der Bundesregierung.“

Bundesweit seien in den ersten Tagen nach dem Urteil schon Hunderte Akten geschlossen worden, weil die Fälle ohne Telefon- und Internetdaten nicht aufzuklären seien. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) müsse eine Frist setzen, bis zu der eine Neuregelung vorliegen muss.

Grünen-Fraktionsgeschäftsführer Volker Beck mahnte hingegen, die Regierung solle nicht mit einem „gesetzgeberischen Schnellschuss“ reagieren. Das Verfassungsgericht habe die Hürden für die Vorratsdatenspeicherung hochgelegt. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Bundestag, Siegfried Kauder (CDU), kritisierte derweil die Entscheidung des Gerichts. Die Verfassungsrichter erschwerten die Arbeit des Parlaments, sagte er und beklagte, die Vorgaben seien zu konkret. „Das macht unsere Arbeit nicht einfacher.“ Die Richter sollten die Urteilsgründe etwas abstrakter formulieren. (ddp)

## Google soll Bürger besser informieren

### Aigner fordert Persönlichkeitsrechte ein

Hamburg. Im Streit um das Angebot des Internetdienstes „Google Street View“ fordert Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) eine schärfere Beachtung der Persönlichkeitsrechte. Es sei nicht akzeptabel, dass sich Bürger erst im Netz informieren müssten, ob ihr Haus fotografiert und ins Web gestellt worden sei, sagte Aigner einem Magazin. Google müsse zudem jeden einzelnen Widerspruch umsetzen, vorher dürfe der Dienst in Deutschland nicht ans Netz gehen.

„Google muss die breite Öffentlichkeit über das Projekt und die Widerspruchsmöglichkeiten informieren, etwa mit Anzeigen in der Presse“, forderte Aigner weiter. Denn auch der weltweit größte Internetkonzern müsse akzeptieren, dass ein Teil der Gesellschaft das Netz nicht nutze. Seit Februar 2005 bietet Google seinen Nutzern den Dienst „Google Map“ an. Dieser ermöglicht es, Orte, Straßenbezüge oder Hotels online zu suchen, um deren Position dann auf einer Karte von der Erdoberfläche per Satelliten- und Luftbilder im Internet anzuzeigen.

Gegenwärtig ist Google in Deutschland unterwegs, um Straßenzüge für den Internetdienst „Street View“ zu filmen. Diese Vorgehensweise stößt bei Datenschützern in Deutschland auf Kritik. Google hat nach eigenen Angaben seine Bildbearbeitungssoftware bereits so programmiert, dass automatisch alle Menschen, die zufällig auf ein Bild geraten, unkenntlich gemacht werden. (ddp)

Neuer Ärger im Kundus-Fall

Berlin. Der umstrittene Luftschlag von Kundus sorgt für neuen Ärger. Nach einem Bericht einem Nachrichtenmagazins soll das Verteidigungsministerium gezielt versucht haben, Informationen zurückzuhalten. Unter anderem sollen zwei hochrangige deutsche Militärs aus internen ISAF-Protokollen die Vermutung über zivile Opfer haben streichen lassen, um die Folgen des Angriffs mit bis zu 142 Toten herunterzuspielen. Am 4. September vergangenen Jahres hatte die Bundeswehr in Afghanistan zwei auf einer Sandbank festgefahrene Tankwagen bombardieren lassen, die von den Taliban entführt worden waren.

## Arbeitslose ins Altenheim?

Düsseldorf. Nordrhein-Westfalens SPD-Vorsitzende Hannelore Kraft will Langzeitarbeitslose für gemeinnützige Arbeiten etwa in Altenheimen oder in Sportvereinen einsetzen. „Wir müssen endlich ehrlich sein: Rund ein Viertel unserer Langzeitarbeitslosen wird nie mehr einen regulären Job finden“, sagte Kraft einem Nachrichtenmagazin. Daher sei es nötig, einen gemeinwohl-orientierten Arbeitsmarkt aufzubauen. Kraft ist SPD-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai. (ddp)

## Reduzierung ist möglich

### Neue Fragen zum A400M / Guttenberg begrüßt die Einigung

Berlin. Nach der Grundsatzeinigung zum Militärtransportflugzeug A400M ist die Lieferung von 60 Maschinen an Deutschland noch ungewiss. Haushälter von FDP und Grünen stellen gestern die Einigung infrage, die mit Millionenmehrausgaben für Deutschland verbunden sein dürfte. Am Freitagabend waren in Berlin nach hartem Ringen die enormen Mehrkosten für den Militär-Airbus zwischen EADS und den sieben Bestellnationen aufgeteilt worden.

Nach Expertenberechnungen würde die Übereinkunft Deutschland entweder gut 600 Mio. Euro Zusatzkosten aufbürden oder einen Verzicht auf einen Teil der bestellten Flugzeuge bedeuten. Der FDP-Haushaltspolitiker Jürgen Koppelin rechnete nicht mit der ersten Variante: „Eine deutsche finanzielle Mehrbelastung zur Anschaffung des Transportflugzeuges A400M ist aus haushaltspolitischer Sicht fast ausgeschlossen“, sagte der Hauptberichterstatter für den Verteidigungsetat im Haushaltsausschuss. Er wies darauf hin, dass gerade das A400M-Programm um 100 Millionen Euro gekürzt wurde. Der Grünen-Haushaltsexperte Alexander Bonde nannte den ausgehandelten Kompromiss über die Mehrkosten „nicht akzeptabel“. Gegenüber dem ursprünglichen Vertrag müssen die Nationen jetzt 3,5 Mrd. Euro mehr zur Verfügung stellen. „Zusätzlich verzichten wir auf unsere vertraglich garantierten Schadenersatzansprüche, die aus der Verzögerung von mindestens drei bis vier Jahren resultieren“, sagte Bonde. Das sei ein fauler Kompromiss auf Kosten der Steuerzahler.

Theodor zu Guttenberg (CSU) erfreut über die nach monatelangem Ringen gefundene Einigung zum Bau des Militär-Airbus A400M. Dies schaffe nicht nur zahlreiche Arbeitsplätze in Deutschland, sondern sei auch militärisch entscheidend. Die Kosten für die alten „Transall“-Flugzeuge schössen mittlerweile „ins Exorbitante“.

Bei der Bundeswehr soll der Airbus das in die Jahre gekommene Transportflugzeug C-160 „Transall“ ablösen. Deutschland ist größter Einzelkunde des neuen A400M, von dem ursprünglich 73 Flugzeuge bestellt werden sollten. Die Bundesregierung bestellte schließlich 60 Maschinen für gut acht Mrd. Euro. Vom Verteidigungsministerium hieß es dazu, die Frage, ob die Mehrkosten zu einer geringeren Stückzahl führen werden, könne derzeit nicht beantwortet werden. (ddp)

Kreuzfahrten

Inkl. 100 US\$ Bordguthaben

Höhepunkte der Ostsee Norwegian Sun ♦♦♦♦

Erleben Sie eine unvergessliche und ungezwungene Reise an Bord der beliebten Norwegian Sun. Sechs beeindruckende Städte erwarten Sie auf der Route rund um die Ostsee. 12 Nächte inkl. Vollpension in einer Doppelkabine

Route: Warnemünde – Tallinn – 2 Tage St. Petersburg – Helsinki – Stockholm – Dover (London) – Kopenhagen – Warnemünde

DER TOUR ... und Sie bestimmen, wo's langgeht.

Pro Person ab € 1.179

Weitere Informationen und Buchung:

**ADAC** ADAC Reisebüro Siegen  
Leimbachstraße 189  
57074 Siegen  
Tel.: 0271 335044

Reisen

Ankauf von Gold und Silberwaren  
**GOLD & SILBERHANDEL**

**Emanuel Dayan**  
0176 751 421 45

Goldankauf Emanuel  
Alte Poststr. 26  
57072 Siegen

Sonntags zwischen Kirche und Kuchen:  
**Autoschau**

von 11.00 bis 17.00 Uhr  
Siegen, Weidenauer Str. 243  
Kreuztal-Fellinghausen · Heesstraße 127

**AUTOHAUS KELLER**  
KREUZTAL · OLPE · SIEGEN

Außerhalb der gesetzlichen Öffnungszeiten keine Beratung, kein Verkauf.

## Neue Wege bei Arthrose

### Experte Dr. Feil zu Gast in Siegen

Der Vortrag findet am 11. März 2010 um 17.00 Uhr in der Bismarckhalle, Bismarckstraße 47 in Siegen statt.

Der Eintritt beträgt 5 Euro an der Abendkasse.

In seinem Vortrag zeigt Dr. Wolfgang Feil neue, leicht umsetzbare Strategien zum Knorpelaufbau, zur Schmerzlinderung, sowie zur Linderung von Gelenksbeschwerden auf. Dr. Feil reichert seinen Vortrag mit Rezepten und Tipps zur natürlichen Schmerzlinderung an.

Die Forschungsgruppe Dr. Feil lädt alle Betroffenen und Interessierten herzlich ein.

Einer der führenden Vitalstoffexperten Deutschlands, Dr. Wolfgang Feil aus Tübingen, hält einen Vortrag zum Thema: „Neue Wege bei Arthrose“.

Hannelore Kraft will Langzeitarbeitslose für Arbeiten etwa in Altenheimen oder in Sportvereinen einsetzen. Foto: ddp



Hannelore Kraft will Langzeitarbeitslose für Arbeiten etwa in Altenheimen oder in Sportvereinen einsetzen. Foto: ddp

**Impressum Sonntags-Anzeiger SWA**

Herausgeber: Siegerländer Wochen-Anzeiger GmbH & Co. KG, Obergraben 39, 57072 Siegen, Telefon (0271) 59 40 - 3 69, www.swa-wwa.de; Druck: Vorländer GmbH & Co. KG, Siegen; anzeigen@swa-wwa.de, redaktion@swa-wwa.de, vertrieb@swa-wwa.de

Redaktion: Nicole Klappert und Anja Weller – Tel. (0271) 59 40 - 3 07 / 3 15; Tel. Anzeigenannahme (0271) 59 40 - 3 33 verantwortlich für den Anzeigenteil: Elisabeth Trapp. Geschäftsstellen: Siegen, Obergraben 39; Olpe, Mühlenstr. 3; Kreuztal, Marburger Str. 17; Bad Berleburg, Poststr. 34; Betzdorf, Decizer Str. 6. Vertrieb: (0271) 59 40 - 3 95. – Erscheint einmal wöchentlich. Anzeigenpreisliste Nr. 18 gültig.